bnr.de
blick nach rechts

21. Jahrgang | 17 | 19. August 2004

Rechte Szene 2

Braune Kaderschmiede
Unbemerkt von der Öffentlichkeit führte die NPD in Bargstedt ein Schulungswochenende durch.

"Etablierte Versager"
Die NPD rechnet in Sachen mit einem Einzug in das Landesparlament.

Sozialdemagogen
Rechtsextremisten wittern Morgenluft und beteiligen sich in mehreren Städten an den Demonstrationen gegen Hartz IV.

Beispiellose Brutalität
Rechtsextreme foltern ihr Opfer.

Neonazi-Spektakel
Zahlreiche Anhänger aus dem Kameradschaftsspektrum und Autonome Nationalisten tummelten sich auf dem „Pressefest" der NPD.

Prozesse 7

Aus "Notwehr" getötet
Ein Mann wollte das Horst-Wessel-Lied nicht hören und musste sterben – der Täter steht Ende August in Halle vor Gericht.

Grauzone 8

"Moderner Pranger"
Freiburger Professor vermisst bei den Verfassungsschutzbehörden die „Objektivität".

Ausland 9

Geschichtsverdrehungen
David Irving veranstaltet revisionistische Konferenz in den USA.

Zerstrittene Funktionäre
Zwei konkurrierende FN-Sommeruniversitäten.

Blick in die Zeitgeschichte 10

"Ein Tag der Schande"
Vor 60 Jahren verübten deutsche Soldaten in Italien blindwütige Massaker.

Meldungen 11

Rechte Szene

Braune Kaderschmiede

Unbemerkt von der Öffentlichkeit führte die NPD in Bargstedt ein Schulungswochenende durch.

Voll bepackt mit Erbsensuppe in Dosen, Bockwürsten und Toastbrot betraten knapp 20 Neonazis aus dem Gebiet zwischen Elbe und Weser den Schulungsraum in der so genannten „NPD-Scheune“ in Bargstedt im Landkreis Stade. Für den 14. und 15. August 2004 standen „Basisgruppenarbeit“ und „Verhalten gegenüber Polizei und Geheimdiensten“ auf dem Stundenplan. Das rechte „Schulungszentrum“ in der Ortsmitte des idyllischen Ortes an der Aue gehört Adolf Dammann, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD in Niedersachsen.

Seit Jahren ist der aus mehreren Gebäuden bestehende Stammsitz der Familie Dammann ein Treffpunkt für Neonazis. Mehrfach kam es im Zusammenhang mit Veranstaltungen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. So im September 1997, als die NPD von Bargstedt aus ihren Wahlkampf für die Hamburger Bürgerschaft organisierte. Vor dem Überfall auf Asylbewerber in Kutenholz-Aspe im Mai 1999 hatten einige der Täter, die von dem NPD-Mitglied Lars Hildebrandt angeführt wurden, an Schulungen in Bargstedt teilgenommen. Im Dezember 2000 verhinderte die Polizei von Celle eine „Wintersonnenwendfeier“ der JN. Die Neonazis hatten polizeiliche Platzverweise auf dem Gelände eines Bauernhofes in Eschede erhalten und fuhren daraufhin in einem Fahrzeugkonvoi nach Bargstedt, dort konnten sie – ungestört von der beobachtenden Polizei – ihre Veranstaltung durchführen. 2002 machte der Staatsschutz enge Kontakte der JN, die ihren Stützpunkt in Bargstedt hätte, zur gewaltbereiten Skinhead-Szene öffentlich.

Unter den Teilnehmern des konspirativen Schulungswochenendes befanden sich vor allem an der neonazistischen „Schuloffensive“ beteiligte Kader. Sascha Jörg Schüler, Leiter des „NPD/JN-Stützpunkts Rotenburg/Verden“ und Unterzeichner eines Flugblatts, das bei der Störung einer Podiumsdiskussion durch Neonazis in der Volkshochschule in Buxtehude verteilt wurde. Florian Cordes (Achim) ist seit Jahren an führender Stelle in der NPD und der JN tätig und organisiert Aufmärsche und Veranstaltungen, allerdings zur Zeit aus dem Hintergrund heraus. Als Referent trat auch der NPD- Bundesschulungsleiter Stefan Lux in Erscheinung. Mit dabei waren ebenso die NPD-Funktionäre Daniel Fürstenberg aus Bremen und Sven Wellhausen aus Verden. Die führende Bremer Aktivistin Janine Blass (Bremen) wurde im März 2002 vom Amtsgericht Blumenthal zu 120 Arbeitsstunden verurteilt, weil sie als 20-Jährige im August 2000 die Scheiben der Moschee eines islamischen Kulturvereins eingeworfen hatte. Eine enge Zusammenarbeit pflegt die Gruppe um Florian Cordes zur NPD Stade um Dammann und Martin Zaha, der die Website der NPD Stade betreibt. Zaha brachte drei Jugendliche aus Himmelpforten mit zur Schulung nach Bargstedt, auch Cordes und Schüler hatten Referenten und Neulinge im Schlepptau.

Am zweiten Schulungstag schien es zwischen den Teilnehmern zu Auseinandersetzungen gekommen zu sein, so verließen Cordes und Schüler kurzzeitig den Saal. Der Stader Anführer bestätigt dies und schreibt auf seiner Homepage: „Es war aber kein handfester Streit und hat innerhalb unserer Bewegung keine Auswirkungen. Nicht mal ‘ne halbe Stunde später saßen wir nämlich wieder an einem Tisch.“

Zunächst stand „Basisgruppenarbeit“ auf dem Programm. In einem internen NPD-Papier heißt es dazu: „Loyalität und Disziplin sind wesentliche Bausteine der Gruppe und ihres Erfolges. Wer hier die nötige Einstellung vermissen lässt oder gar verdeckt oder offen dagegen vorgeht, muss gnadenlos entsorgt werden“. Zweites Schulungsthema war das „Verhalten gegenüber Polizei und Geheimdiensten“ – hier wird man sich wohl auch mit den Möglichkeiten und Folgen der geplanten „Aktion Schulhof“ auseinandergesetzt haben. Die praktische Anwendung des braunen Lehrstoffs war nicht erforderlich – die Polizei war nicht vor Ort. Sie hatte von der Veranstaltung gar nichts gewusst, wie sie gegenüber dem bnr zugegeben hat.

Andrea Röpke/Uwe Ruprecht

"Etablierte Versager"

Die NPD rechnet in Sachen mit einem Einzug in das Landesparlament.

Ganz so war die Wahlkampfveranstaltung der NPD im Dresdner Stadtzentrum wohl nicht gedacht. Erst die laute und wie immer grob gewirkte Rede des Spitzenkandidaten zur sächsischen Landtagswahl Holger Apfel. Und dann wurde die Nummer 1 des „Nationalen Bündnis Dresden" auch noch von einer Wespe in die Mundgegend gestochen.

Die NPD rechnet nach ihren unerwartet guten Ergebnissen bei den Kommunal- und Europawahlen im Juni nun mit dem Einzug in das Landesparlament im September. Sie sieht sich selbst als „einzige Alternative zu den etablierten Versagern". Nachdem die Republikaner keine eigene Liste stellen, die DVU in Sachsen zugunsten der NPD (und diese im Gegenzug in Brandenburg) auf eine Kandidatur verzichtet, stehen die Aussichten besser denn je. Die Voraussagen scheinen der NPD Chancen zu geben. Aber das war vor den Landtagswahlen 1999 auch nicht anders (die NPD erzielte schließlich 1,4 Prozent). Dazu kommt derzeit noch ein weiterer „Glücksfall", die Proteste gegen Hartz IV. Bei den diffusen Teilen der Protestierenden könnten die Slogans möglicherweise verfangen. „Schnauze voll? Wahltag ist Zahltag", so steht es in der neuen „Sachsen-Stimme" der NPD. Und im aktuellen Faltblatt „Quittung für Hartz IV: Jetzt NPD" finden sich erst Fakten und Argumente der Sozialverbände und zum Schluss heißt es: „Jeder beschäftigte Ausländer, der nach Hause geht, macht einen Arbeitsplatz für Deutsche frei. Jeder ausländische Sozialhilfe-Empfänger, der geht, liegt dem deutschen Sozialsystem nicht länger auf der Tasche."

Den meisten der Wahlkämpfer werden diese Worte eher zugänglich sein als ökonomische Zusammenhänge. Generell gelten NPD-Abgeordnete in den Kommunen nicht als engagiert in der täglichen Kleinarbeit. Wenn sie erscheinen, ergreifen sie selten die Initiative. Und zu Wort melden sie sich nur, wenn es im dumpfen Allgemeinen bleibt. Da gibt es kaum Unterschiede zwischen Uwe Leichsenring aus Königstein (Platz 8 der Landesliste) und Wolfgang Schroth aus Wurzen. Der hatte sich wie sein Parteifreund aus dem benachbarten Trebsen geweigert, sein eben errungenes Kreistagsmandat anzunehmen, da er bereits im Stadtrat von Wurzen sitze. Für den September steht Schroth allerdings als Direktkandidat bereit.

Was durchaus für die geringe Anzahl an vorzeigbarem Personal spricht. Für die einzige Frau auf der Landesliste, Gitta Schüßler, stellt „der mittelfristige Volkstod der Deutschen" das größte Unglück dar. Neben dem Mitarbeiter im Verlag Deutsche Stimme, Alexander Delle, kandidieren vor Ort etablierte Leute. Der Stadt- und Kreisrat Mirko Schmidt aus Meißen. Oder der Arzt Johannes Müller aus Sebnitz, ebenso Kommunalparlamentarier der NPD. Das langjährige CDU-Mitglied, das in der DDR das Privileg genoss, in Berlin studieren zu dürfen, plädiert heute dafür, das „Konzept der raumorientierten Volkswirtschaft" gegen den Welthandel zu setzen.

Lukas Kilian

NPD-Prominenz auf der Liste

Dresden – Die NPD tritt zu den sächsischen Wahlen am 19. September mit einer 10-köpfigen Landesliste mit dem stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Holger Apfel an der Spitze an. Ihm folgen in Reihenfolge: Winfried Petzold, Johannes Müller, Gitta Schüßler, Klaus Baier, Mirko Schmidt, Alexander Delle, Uwe Leichsenring, Klaus Menzel und Jürgen Schön. In 33 Wahlkreisen bietet die NPD ebenso Direktkandidaten auf. Neben den auf der Liste vertretenen Personen finden sich dabei als Wahlkreisbewerber weitere bekannte Parteifunktionäre wie Jens Pühse und Jürgen Gansel. Bei der Europawahl im Juni hatte die NPD in Sachsen ein landesweites Ergebnis von 3,26 Prozent der Wählerstimmen erzielt. Unterstützung erhält die rechtsextreme Partei auch von ehemaligen sächsischen Spitzenfunktionären der Republikaner. Die vom Parteiausschlussverfahren bedrohte Ex-Landesvorsitzende Kerstin Lorenz sowie die früheren Landesvize Harry Baar und Andrea Hagen appellieren in einem Aufruf, der auch in dem NPD-Blatt „Deutsche Stimme" abgedruckt ist, am 19. September die NPD zu wählen. (bnr)

Sozialdemagogen

Rechtsextremisten wittern Morgenluft und beteiligen sich in mehreren Städten an den Demonstrationen gegen Hartz IV.

Gerhard Ittner, Neonazi aus dem Fränkischen, jubilierte: „Wahrscheinlich hatte der Nationale Widerstand noch nie so eine große Möglichkeit, Breitenwirkung im Volk zu erreichen, wie sie mit dem Aufgreifen dieses Sozialthemas in der gegenwärtigen und sich ja immer weiter zuspitzenden Situation gegeben ist.“ Gerade am Tag zuvor, am 2. August, war es Neonazis in Magdeburg gelungen, sich an die Spitze einer der Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV zu setzen, da witterten die „Führungskameraden“ Morgenluft: „Eine einmalige Gelegenheit“, schwärmte Ittner, sprach gar vom „beginnenden Volksaufstand“. Und sein Hamburger Freund Christian Worch brachte gleich tägliche Demonstrationen, Mahnwachen und Infostände vor den Arbeitsämtern in die Diskussion.

Unvorbereitet waren die Neonazis nicht, als Bürger gegen die Berliner Sozial- und Wirtschaftspolitik auf die Straße gingen. Seit einigen Jahren setzen sie verstärkt auf die Karte der Sozialdemagogie. Zwar meinte Worch vor dem aktuellen Hintergrund der Demonstrationen: „Infomaterial von unserer Seite scheint es wenig zu geben. Das hat einmal materielle (finanzielle) Gründe, und zum anderen hat von uns wohl noch niemand was ausgearbeitet, was wirklich fundiert wäre.“ Aber Worch irrte. Tatsächlich hatte es Vorarbeiten gegeben – allerdings aus einem Spektrum, das ihm eher fern steht. Der Betreiber des Internetprojekts „Radio Freiheit“, der NPDler Waldemar Maier aus Niedersachsen, zeichnet beispielsweise presserechtlich verantwortlich für ein Flugblatt, das früh schon bei Montagsdemonstrationen verbreitet wurde. „Das Verelendungsprogramm der Etablierten stoppen! Den Volkszorn auf die Straße tragen!“, wird auf der Vorderseite gefordert. Und wer einen umfänglicheren Text zu Hartz IV lesen wollte, konnte bei der NPD rasch fündig werden, die auf ihrer Homepage einen 14-seitigen Beitrag ihres vormaligen sachsen-anhaltinischen Landesvorsitzenden Frank Kerkhoff unter dem Titel „Der Sozialstaat wird abgewickelt“ veröffentlichte.

Beide, Maier wie Kerkhoff, setzen darauf, dass sich der Unmut über Hartz IV auch in klingende (Wahlstimmen-)Münze verwandeln lässt. „Nun gilt es, Sand ins Getriebe des maroden und korrupten Systems zu streuen, das sein Volk vergessen hat“, heißt es auf dem Radio-Freiheit-Flugblatt: „Nichts ist dabei so wirkungsvoll wie die Wahl und Unterstützung einer nationalen Partei bei den vielen kommenden Wahlen.“ Kerkhoff fordert die „nationalen Oppositionsparteien“ auf, „bis zu den kommenden Landtagswahlkämpfen ihr soziales Konzept zu vermitteln und sich an die Spitze der sozialen Bewegung zu stellen“. Vor allem bei Wahlen im nächsten und übernächsten Jahr rechnet er sich große Chancen aus: „Besonders bei den Wahlen, die dann stattfinden, wenn Hartz IV seine volle Wirkung erreicht hat, dürften die Wahlerfolge nicht mehr ausbleiben.“

"Aktionen sollen nicht unter Parteinamen geschehen"

Profitieren will die NPD aber schon jetzt und vor allem in Sachsen. „Quittung für Hartz IV“, plakatiert sie dort. Fünf Prozent der sächsischen Wähler würden sich für eine Rechtsaußen-Partei entscheiden wollen, haben Meinungsforscher herausgefunden. Weitere neun Prozent sagten, sie würden mit dem Gedanken spielen, eine Partei am rechten Rand zu wählen. Der Einzug ins Dresdner Landesparlament scheint der NPD in greifbarer Nähe. Damit er ihr gelingt, versucht sie sich einerseits in scheinbar linken Tönen: „Es ist beschämend, dass die Regierung Arbeitslose in die Armut treibt, das Kapital aber verschont“, erklärte ihr Spitzenkandidat Holger Apfel. Zu seinem Forderungskatalog gehören denn auch „die Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer“ und „das Stopfen von Steuerschlupflöchern für Großverdiener“. Aber natürlich dürfen bei ihm die ausländerfeindlichen Töne nicht fehlen. „Ausländer raus“ klingt bei Apfel so: „Deutsches Geld muss zuallererst für deutsche Interessen eingesetzt werden. Daher müssen die in Deutschland lebenden Ausländer in ihre Heimat zurückgeführt werden.“

Nicht mit Blick auf eine möglichst rasche Ausbeute am Wahlabend wie die NPD, aber nicht weniger hoffnungsfroh verfolgt Ittner die Ent-

wicklung: „Anfang der 30er Jahre sind die Massen zunächst auch nicht etwa deshalb zu den Nationalsozialisten übergelaufen, weil sie überzeugt gewesen wären oder gar den Nationalsozialismus begriffen hätten. Sie schlossen sich scharenweise an, weil sie vom etablierten System die Schnauze voll hatten.“

"Den Volkszorn auf die Straße tragen"

Überrascht waren offenbar anfangs die – häufig unerfahrenen – Organisatoren der ersten Hartz-Montagsdemonstrationen vom Auftauchen der Neonazis bei ihren Kundgebungen. „Wir wollen keinen ausgrenzen, aber wir werden nicht zulassen, dass hier Leute mitmarschieren, die andere ausgrenzen“, hieß es beispielsweise in Magdeburg – so als seien jene, die sich gegen die Anwesenheit von Neonazis wehren, auf eine Stufe zu stellen mit denen, die den Protest gegen Sozialabbau für rassistische Parolen missbrauchen und, wie es Ittner formuliert, „für die nationalsozialistische Sache nutzen“ wollen. Inzwischen wird – zumindest meist – das geschlossene Auftreten von Neonazis, womöglich mit eigenen Transparenten, nicht mehr einfach hingenommen.

Rechtsextreme nahmen aber nicht nur an Demonstrationen eher bürgerlicher Veranstalter teil, sie organisierten auch selbst welche. Beispiel Köthen: Dort gehörten Mirko von Theodor, Kreisvorsitzender der Republikaner, und seine Frau Claudia, die ebenfalls dem Kreisvorstand angehört, zu den Organisatoren. Beispiel Merseburg: Dort fungierte der „Mitteldeutschen Zeitung“ zufolge NPD-Kreisschatzmeister Dietmar Hering als Versammlungsleiter; seine Frau Birgit Hering hatte die Demo mit 500 Teilnehmern angemeldet. In beiden Fällen wurde eine Verbindung zu den Rechtsaußen-Parteien geleugnet. „Das hier hat nichts mit der NPD zu tun“, erklärte Dietmar Hering beispielsweise. Damit setzten die Veranstalter um, was auch das Störtebeker-Netz empfohlen hat: Eigene Aktionen müssten „nicht unter Parteinamen geschehen. Vielmehr empfehlen sich eigens dafür eingerichtete Initiativen, bei denen Begriffe wie sozial und Hartz IV im Vordergrund stehen sollten“.

Tomas Sager

Beispiellose Brutalität

Rechtsextreme foltern ihr Opfer.

Ein als Strafaktion gegen einen 23-jährigen Mann getarnter Überfall von Anhängern und Mitläufern der rechtsextremen Szene hat im Sommerloch wenig Beachtung gefunden. Dabei wurde er mit beispielloser Brutalität inszeniert. Am 5. Juni dieses Jahres überfielen fünf Rechtsextreme den der linken Szene zugehörigen 23-jährigen Gunnar S. vormittags und auf offener Straße in dem als rechte Hochburg bekannten Stadtteil Neuberesinchen in Frankfurt/Oder. Die Täter schlugen das Opfer bewusstlos, stülpten ihm eine Tüte über den Kopf, zerrten ihn in ein Auto und fuhren mit ihm in eine Privatwohnung. Was in den nächsten zwei Stunden geschehen sein soll, erinnert an Berichte von Folterungen in SA-Kellern. Wie die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder bestätigte, sollen die Rechten das Opfer mit einem glühenden Bügeleisen und mit brennenden Zigaretten gefoltert haben, ließen es Spülmittel trinken und Vogelkot essen, vergewaltigten es mit Stöcken, schlugen auf Rücken, Oberkörper und ins Gesicht. Mit der Drohung, ihn umzubringen, wenn er Aussagen mache, wurde der Gefolterte freigelassen. Die Ärzte stellten anschließend bei Gunnar S. schwerste Verletzungen fest..

Einen Tag später wurde einer der mutmaßlichen Täter, Daniel K. festgenommen. Er behauptete, es habe sich um einen Racheakt gehandelt. Das Opfer habe ein Mädchen vergewaltigt. Die Staatsanwaltschaft hat für den Vorwurf keinerlei Anhaltspunkte. Drei Tage später verhaftete die Polizei Ramona P. (24), und Stefanie L. (20), die seitdem in Untersuchungshaft sitzen. Informationen der örtlichen Antifa zufolge gelten die drei Personen als Mitläufer der rechtsextremen Szene.

Zwei der vermutlichen Täter sind noch auf der Flucht und werden von der Polizei gesucht: David K. und Ronny B sind wegen Körperverletzung und verschiedener Delikte mit rechtsextremem Hintergrund vorbestraft. Ronny B, der in Polen vermutet wird und auf den eine Belohnung von 1500 Euro ausgesetzt ist, war nach der Tat für kurze Zeit festgenommen und wieder freigelassen worden.

Peter Nowak

Neonazi-Spektakel

Zahlreiche Anhänger aus dem Kameradschaftsspektrum und Autonome Nationalisten tummelten sich auf dem „Pressefest" der NPD.

Ungehindert konnten am Samstag, den 7. August über 5000 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet das so genannte „Pressefest" der NPD im Landkreis Görlitz in Sachsen feiern. Die überwiegend glatzköpfigen Neonazis hatten nur eine planmäßig erwartete Polizeikontrolle in einigen Kilometern Entfernung zu passieren, danach waren sie im kleinen Dörfchen Mücka unter sich.

Kein Protest vonseiten der Bevölkerung, keine Hundertschaften Polizei säumten das Festgelände um die Diskothek „Wodan". Anhänger der rechtsextremen Szene mit „Landser"-Emblemen oder verbotenen „Blood&Honour-Huldigungen wurden nicht zur Rechenschaft gezogen – dem einzigen kontrollierenden Beamten des Landratsamtes schienen diese Gruppierungen unbekannt. Anders als ein Jahr zuvor in Meerane waren keine uniformierten Beamten vor Ort, Journalisten sollten sich im Notfall an die „110" wenden.

Im weißen Festzelt am Rande des Industriegeländes stellten diverse rechte Gruppen ihre Schriften aus, unter anderem warb das „Aktionsbüro Norddeutschland" mit Inge Nottelmann, Tobias Thiessen und Jörn Lemke für die neonazistische Kampagne gegen die „Wehrmachtsausstellung". Auffallend viele Anhänger aus dem Kameradschaftsspektrum, von den so genannten Autonomen Nationalisten und Hooligans nahmen in diesem Jahr Platz ein. Sie verdrängten ruhigere Kameraden in den Saal der Diskothek zu Vorträgen von Ex-Bombensammler Peter Naumann oder zur Buchlesung von Gerhoch Reisegger unter der Moderation des JN-Chefs Stefan Rochow.

Auf dem Gelände fanden sich auch einige Neonazis aus dem Umfeld der kriminellen Band „Landser" ein. Ihrem Kultstatus entsprechend trugen sie schwarze Sonnenbrillen, Zöpfe und T-Shirts mit dem Schriftzug „Vandalen", sie saßen an einem seperaten Tisch. Stark tätowierte Glatzen aus Nordrhein-Westfalen feierten den „nationalen Liedermacher" "Sleipnir". Dessen bayerischer Kollege Michael Müller konnte später unter begeistertem Jubel den fiktiven Selbstmord eines bekannten Gegners verkünden: „Michel Friedman hat sich erhängt!" Ungehindert sang er: „Und Kameraden, nicht die Endlösung... die Problemlösung ist schon in Sicht, sie befreit uns von manch' Bösewicht. Am Himmel ich Fallschirme seh, ja Paolo, das wär eine wunderschöne Idee! Schöner Gruß von Möllemann!"

Um die grölende Masse nicht zu sehr mit Wahlkampfpropaganda für die bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen zu langweilen, hatten die Organisatoren Holger Apfel und Jens Pühse die einschlägigen Rechtsrockbands „Radikahl", „Kraftschlag" und „Youngland" eingeladen. Dass die ihre indizierten Lieder nicht spielen durften, ärgerte die grölende Masse und richtig Stimmung kam nicht auf. Die Musiker machten immer wieder die Technik dafür verantwortlich.

Mit zwei Bussen aus Bremen, zahlreichen PKWs aus Ostfriesland und anderen Gebieten in Niedersachsen waren die norddeutschen Neonazis angereist. Neben JN-Aktivisten wie Florian Cordes und Sascha Jörg Schüler waren auch Bremer Hammerskins, Anhänger der Kameradschaft Hanseatic und Freie Nationalisten um Robert Warnecke angereist. Obwohl der Verfassungsschutz in Niedersachsen immer noch betont, dass der Stratege Cordes wegen finanzieller Streitigkeiten nicht mehr im Vorstand der JN aktiv sei und die NPD diese Gerüchte ebenso schürt, amüsierte sich der Anführer der Aktivisten aus dem Bremer Umland mit diversen NPD-Vorstandsmitgliedern wie Klaus Beier und Stefan Rochow. Mit von der Partie war auch der 19-jährige „Schläger von Rotenburg", der einem Gegendemonstranten mit einem Holzschild das Jochbein zertrümmerte und sich demnächst vor Gericht verantworten muss. Wider Erwarten durften die Kameraden um Cordes keine Werbung im Ausstellungszelt für ihre rechte „Schuloffensive" machen.

Die Stader Nationaldemokraten um Adolf Dammmann und Martin Zaha verließen das Fest, bevor die Rechtsrock-Bands loslegten. Auch die Vertreter des Aktionsbüros Norddeutschland hatten sich da bereits zum Schlafen ins Auto gelegt.

Andrea Röpke

Prozesse

Aus "Notwehr" getötet

Ein Mann wollte das Horst-Wessel-Lied nicht hören und musste sterben – der Täter steht Ende August in Halle vor Gericht.

„Nachbar nach Streit um laute Musik erstochen“, schrieben die Regionalzeitungen in Sachsen-Anhalt Ende April 2000. So hatte das Polizeipräsidium Halberstadt den Tod des 60-jährigen Helmut Sackers am 29. April 2000 im Treppenhaus eines Plattenbaus in Halberstadt gemeldet. Der Rentner aus Kleve hatte in jener Nacht zunächst den Notruf der Polizei in Halberstadt angerufen. Um 22.00 Uhr wird das Gespräch dort aufgezeichnet: „Bei uns im Haus werden Nazilieder gespielt, Horst-Wessel-Lied, ganz laut.“ Eine Stunde später ist der Kaufmann aus Kleve tot. Verblutet an vier Messerstichen im Treppenaufgang des Mehrparteienhauses, in dem seine Lebensgefährtin wohnte.

Viereinhalb Jahre nach dem Tod von Helmut Sackers beschäftigt der Fall zum zweiten Mal die Justiz. Am 31. August beginnt vor der Schwurgerichtskammer des Landgerichts Halle die Revisionsverhandlung. Dabei geht es zum einen um die Frage, ob der Täter, der damals 29-jährige Nazi-Skinhead Andreas S., in „Notwehr“ zugestochen hat. Eine Version, die S. vor dem Landgericht Magdeburg im November 2001 so erfolgreich behauptete, dass die Richter entschieden, Sackers sei in „Notwehr“ getötet worden und Andreas S. freizusprechen. Auf Antrag der Nebenkläger entschied der Bundesgerichtshof, das Urteil sei aufgrund von Verfahrensfehlern aufzuheben und zur Neuverhandlung ans Landgericht Halle zu verweisen. Nun muss sich die Kammer neben der Anklage „Körperverletzung mit Todesfolge“ mit der Frage beschäftigen, ob der Tod von Sackers ein rechtsextrem motiviertes Tötungsdelikt darstellt.

Von Seiten der Ermittlungsbehörden war ein rechtsextremer Hintergrund bislang geleugnet worden. Aus der Sicht jener Staatsanwältin, die auf „Freispruch“ wegen Notwehr für Andreas S. plädierte, stellte sich der Fall ganz einfach dar: Nach dem Notruf von Sackers fuhren zwei Streifenpolizisten zu dem Haus. Die Beamten gaben später zu Protokoll, die Musik dort sei zwar laut, die Texte seien aber nicht verständlich gewesen. Während eines sachlichen Gesprächs mit dem Wohnungsinhaber Andreas S. habe Helmut Sakkers erregt dabeigestanden und sich eingemischt: „Spielst Du noch einmal Nazilieder, erstatte ich Anzeige!“ Danach sei der ältere Mann in die Wohnung zurückgekehrt, die Ruhe im Haus wiederhergestellt und der Einsatz für die Beamten beendet gewesen. Die Lebensgefährtin erinnert sich anders: Es blieb laut – und braun. Um Krach allein hätte sich das Paar nicht weiter gekümmert. Sackers sei es um den Inhalt der Musik gegangen: „Der war eindeutig rechtsextrem.“

Im Prozess vor dem Landgericht Magdeburg kam kein einziges Mal zur Sprache, dass die Ermittler bei S. über 80 CDs einschlägiger Neonazibands wie „Landser“, „Blue Eyed Devils“ und „Freikorps“ mit Hassliedern, Dutzende von Kassetten und Videos sowie 90 aktuelle Hefte mit Neonazi-Propaganda unter anderem von Blood&Honour fanden. Auch dass auf dem „Kriegsberichter“-Video, das S. vom Neonaziversand „NS 88“ aus Schweden bezogen hatte, offen zum Mord an „Roten“ aufgerufen wird, interessierte im Prozess niemand. Die Staatsanwaltschaft ging davon aus, S. habe die Musik nur zum Privatgebrauch gehört.

Für die Angehörigen von Helmut Sackers geht es in Halle längst nicht mehr um das Strafmaß. Nur „ganz umsonst“ soll der Tod des 60-Jährigen nicht gewesen sein. Denn er musste mit dem Leben dafür zahlen, dass er mit Zivilcourage gegen rechte Umtriebe einschritt. Zu den Erstunterzeichnern eines Spendenaufrufs zugunsten der Prozesskosten der Nebenklage gehören unter anderem Hans Koschnick, Bürgermeister a.D. Bremen, die Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung Anetta Kahane, Micha Brumlik, Direktor des Frankfurter Fritz-Bauer-Instituts und Christian Staffa, Geschäftsführer von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. Spendeneinzahlungen oder –überweisungen an das Konto: Miteinander e.V., Konto-Nr.: 53 53 53 – Kennwort: „Opferfonds / Revision Halberstadt“, Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg; BLZ 810 205 00.

Heike Kleffner

Grauzone

"Moderner Pranger"

Freiburger Professor vermisst bei den Verfassungsschutzbehörden die „Objektivität".

In der aktuellen Ausgabe der „Neuen Zeitschrift für Verwaltungsrecht" findet sich ein 10-seitiger Beitrag mit dem Titel „Der Verfassungsschutz – das scharfe Schwert der streitbaren Demokratie". Autor des Textes ist Dietrich Murswiek, geschäftsführender Direktor des Instituts für Öffentliches Recht an der Universität Freiburg. Murswiek ist der Auffassung, dass sich die Verfassungsschutzberichte „zu einem wirkungsmächtigen politischen Kampfinstrument entwickelt" hätten und heute einen „modernen Pranger" darstellten: „Wer dort erwähnt ist, dem gilt die öffentliche Missachtung, vor dem spuckt der 'anständige Deutsche' aus."

In seinem Beitrag, der indirekt als juristischer Flankenschutz für die „Junge Freiheit" in ihrem Rechtsstreit mit dem nordrhein-westfälischen Landesamt für Verfassungsschutz verstanden werden könnte, schreibt Murswiek weiterhin: „Indem die Verfassungsschutzberichte auch solche Organisationen als extremistisch brandmarken, die einer extremistischen Zielsetzung lediglich verdächtigt werden, gehen sie über das hinaus, was Gesetz und Verfassung erlauben. Sie gefährden die Demokratie, indem sie mit hoheitlichen Mitteln auch solche Organisationen faktisch aus dem politischen Wettbewerb ausschalten, die möglicherweise durchaus auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen."

In „Verdachtsfällen", Murswiek nennt ausdrücklich die „Junge Freiheit", müssten die Verfassungsschutzbehörden deshalb auch „intensiv nach entlastenden wie nach belastenden Tatsachen Ausschau" halten. „Man kann", meint Murswiek, „wohl Zweifel haben, ob diese verfassungsrechtlich gebotene Objektivität der Verfassungsschutzbehörden der gegenwärtigen Praxis entspricht."

Murswiek selbst lieferte vor Jahren bundesweite Schlagzeilen. Gegen seine Berufung auf den Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht der Freiburger Universität im Jahr 1990 demonstrierten nicht nur die Studentenvertretung und fast 20 Freiburger Professoren. Auch die SPD-Landtagsfraktion hielt Murswiek seine damals öffentlich gemachte rechtsgewirkte Vergangenheit vor und kritisierte scharf seine Berufung.

Im Jahr 1969 rief Murswiek zur Wahl der NPD auf. Zwei Semester lang gehörte er der NPD-Studierendenorganisation NHB an, amtierte im Bundesvorstand der damals extrem rechten Organisation „Deutsche Jugend des Ostens" (DJO). 1974/75 war Murswiek Redaktionsmitglied der rechtsextremen Zeitung „Student". Korrespondenten für das Blatt waren zu diesem Zeitpunkt heute noch aktive Rechtsextremisten wie Wolfgang Traxel und Axel Heinzmann.

Von 1971 bis 1987 publizierte Murswiek einige Artikel in dem rechtskonservativen Blatt „Criticon". Sein „Criticon"-Beitrag „Umweltschutz als nationale Aufgabe" wurde mit Murswieks „freundlicher Genehmigung" in der extrem rechten Zeitschrift „Europa. Nationaleuropäisches Forum" nachgedruckt.

Trotz offizieller Distanzierung von seiner politischen Vergangenheit, hielt das CDU-Mitglied Murswiek auch in den 90er Jahren Kontakte nach rechtsaußen. Im November 1992 referierte er bei einem Treffen der Deutschen Hochschulgilde Balmung zu Freiburg im Breisgau. Wenige Wochen zuvor hatte JF-Chefredakteur Dieter Stein vor dem gleichen Kreis über den Freund-Feind-Begriff bei Carl Schmitt referiert. Bei der 2. Weikersheimer Hochschulwoche 1993 referierte Murswiek zum Thema „Selbstbestimmungsrecht der Völker contra universale Menschenrechte?". Den folgenden Vortrag hielt Hans-Dietrich Sander, damals Herausgeber der rechtsextremen Monatszeitschrift „Staatsbriefe". Ebenso stand Murswiek für die rechtslastigen „Karlsruher Freitagsgespräche" zur Verfügung. Gern gesehen ist Murswiek bis in die jüngste Zeit auch bei Tagungen der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen.

Anton Maegerle

Ausland

Geschichtsverdrehungen

David Irving veranstaltet revisionistische Konferenz in den USA.

Zum nunmehr sechsten Mal lädt der britische Holocaust-Leugner David Irving am „Labor Day"-Wochenende im September zu seiner jährlichen „Real History"-Geschichtskonferenz ein. Ort der Tagung wird wie schon in den letzten Jahren die Stadt Cincinnati im Bundesstaat Ohio sein.

Das im Internet veröffentlichte vorläufige Programm verspricht auch für dieses Jahr wieder eine Vielzahl von „außergewöhnlichen Beiträgen". Bisher sind allerdings lediglich der Brite Sebastian Gorka und die US-amerikanischen Professoren Philip Supina und Peter N. Kirstein namentlich als Referenten benannt. Details zu anderen prominenten Sprechern sollen kurzfristig bekannt gegeben werden. Der Gastgeber selbst ist mit zwei Vorträgen vertreten, wovon einer die tatsächlichen Opferzahlen der Luftangriffe auf Dresden, dem Thema einer seiner ersten Buchpublikationen aus dem Jahr 1963, behandeln wird. Darüber hinaus ist eine Würdigung des Lebenswerkes des „revisionistischen Pioniers" Willis Carto durch den Autor Michael Collins Piper angekündigt. Als weitere Themen stehen unter anderem die angebliche Zensur der historischen Forschung in den USA oder die aktuelle Situation im Irak auf dem Programm. In den Pausen sollen verschiedene Filme gezeigt werden, zu denen auch ein erst kürzlich entdeckter 16-Millimeterfilm aus der privaten Sammlung Hermann Görings mit bislang noch nicht veröffentlichten Aufnahmen von Adolf Hitler und dessen Stab gehört.

Heftigen Diskussionen hat indes Irvings Ankündigung ausgelöst, Ende September nach Neuseeland zu reisen, um dort Recherchen für den dritten Band seiner Winston Churchill-Biografie zu machen, der im kommenden Jahr erscheinen soll. Im Rahmen der Reise wollte der 66-jährige Historiker unter anderem auch vor dem National Press Club in der Hauptstadt Wellington sprechen. Die neuseeländische Einwanderungsbehörde kündigte allerdings an, dem Revisionisten die Einreise zu verweigern. Der in Florida lebende Irving wurde 1992 aus Kanada ausgewiesen. Einreiseverbote bestehen derzeit auch in Australien, Italien, Österreich und Deutschland. Während Bürgerrechtsgruppen die Entscheidung der neuseeländischen Behörden begrüßen, wird auf rechten Internetseiten kräftig gegen die „üblichen Feinde der Meinungsfreiheit" polemisiert. Laut seiner Website wird Irving in den kommenden Monaten auch noch Vorträge in Denver, Los Angeles, Kopenhagen und mehreren Städten in Großbritannien halten.

Michael Funk

Zerstrittene Funktionäre

Zwei konkurrierende FN-Sommeruniversitäten.

Der innerparteiliche Streit beim Front National (FN), findet jetzt auch seinen „institutionellen" Ausdruck. Die Kader der rechtsextremen Partei werden nicht, wie üblich, an einer Sommeruniversität zwecks Schulung und Vorbereitung der politischen Agenda im Herbst teilnehmen – sondern an zwei miteinander konkurrierenden Veranstaltungen. Vom 25. bis 28. August rufen Jacques Bompard, der FN-Bürgermeister von Orange, und Bernard Antony – der Kopf des katholisch-fundamentalistischen Parteiflügels – zur Université nationale et populaire, zur „nationalen und den kleinen Leuten verpflichteten (Sommer-) Universität", ins südfranzösische Orange. Dort werden besonders Diskussionsrunden zu den Themen „Das Recht als Gefahr für unsere gegen unsere Freiheit", „Der Islam als Gefahr für unsere Freiheit" sowie zur „Kultur des Todes", gemeint sind etwa Abtreibung und Familienplanung, angeboten. Vom 26. bis 28. August tagen die zu Parteichef Jean-Marie Le Pen und seiner Tochter Marine „loyalen" Kader in der Pariser Vorstadt Enghien-les-Bains mit der „19. Sommeruniversität des FN". Hier geht es um Themen wie „Frankreich im Angesicht der zeitgenössischen Bedrohungen" in Gestalt der EU-Integration, des Islam oder „der Ideologie der Menschenrechte".

Bernhard Schmid

Blick in die Zeitgeschichte

"Ein Tag der Schande"

Vor 60 Jahren verübten deutsche Soldaten in Italien blindwütige Massaker.

Im Juni war Gerhard Schröder in der Normandie zum 60. Jahrestag der Befreiung Europas von der NS-Herrschaft, kurz darauf in Berlin zur Erinnerung an den 60. Jahrestag des Attentats auf Hitler in Ostpreußen, am 1. August in Warschau im Gedenken an den Beginn des Aufstandes der Bevölkerung gegen die deutschen Besatzer – der Bundeskanzler und damit die Bundesrepublik weichen der deutschen Geschichte nicht aus.

Dazwischen erinnern sich auch andere Staaten an Ereignisse, die mit der NS-Herrschaft zusammenhängen. In den Niederlanden ist der 17. September so ein Tag. Vor 60 Jahren begannen dort die Eisenbahner zu streiken, um auf diese Weise den Vormarsch der Alliierten in Westeuropa zu unterstützen. Weil der gesamte Schienenverkehr zusammenbrach, entglitt den Nazis, die das Land im Mai 1940 überfallen hatten, die Macht. Die Bevölkerung durchlitt in den folgenden Monaten bis zur Befreiung im Mai 1945 „den schrecklichsten Hungerwinter in der Geschichte der Niederlande“, steht in den Geschichtsbüchern unserer Nachbarn. Am 60. Jahrestag ist das wohl landesweit Anlass zur Rückschau – auch an die verhassten Besatzer. Die Beziehungen zwischen unseren Ländern belasten jene Jahre noch immer, jedenfalls in der Bevölkerung.

Aber auch in Italien ist die Zeit der NS-Herrschaft noch nicht vergessen. Bundesinnenminister Otto Schily war in diesen Tagen in einem kleinen Dorf an der Grenze zwischen der Toskana und Ligurien. Sant’ Anna di Stazzema heißt der Flecken in den Apuanischen Alpen, den bis August 1944 kaum jemand kannte. Das änderte sich am 12. August über Nacht, nachdem Angehörige der 16. SS-Panzergrenadierdivision „Reichsführer SS“ das Dorf überfallen und mehr als 560 Zivilisten gemordet hatten: Kinder, Frauen und alte Männer. Offiziell handelte es sich um eine Sühnemaßnahme nach Angriffen italienischer Partisanen auf deutsche Soldaten. Tatsächlich war es eine blindwütige, blutrünstige Orgie gnadenloser deutscher Soldateska, die selbst in Italien kaum ihresgleichen hatte. Neben Marzabotto, wo Angehörige derselben Division Ende September 1944 rund 1800 wehrlose Zivilisten umgebracht haben, ist Sant’ Anna di Stazzema in der Erinnerung Italiens ein Inbegriff des Schreckens. Um die 15 000 Kinder und Alte haben deutsche Einheiten 1944 auf ihrem Rückzug vor den Alliierten umgebracht. Das freilich geht nicht nur auf das Konto der deutschen Justiz. Hier waren es vor allem italienische Staatsanwälte, die Akten verstauben ließen. Rom wollte den neuen deutschen Verbündeten im Kalten Krieg nicht belasten. Und so dauerte es bis in die 90er Jahre, ehe nach und nach Akten aus Kellern und Archiven geholt wurden.

Fast 60 Jahre hat es gedauert, ehe kürzlich in La Spezia das erste Strafverfahren wegen des Massenmordes in Sant’ Anna die Stazzema begonnen hat. Angeklagt sind sieben Männer. Sie gehören zu den am schwersten belasteten SS-Leuten. „Wir waren Himmlers rasendes Kommando“, hat sich vor fünf Jahren noch ein früheres Mitglied dieser Mörderdivision gebrüstet. Weder er noch ein anderer Beschuldigter sitzt freilich in La Spezia auf der Anklagebank. Die mutmaßlichen Mörder haben es vorgezogen, in der Bundesrepublik zu bleiben.

Dennoch ist in den Augen vor allem der Bewohner von Sant’ Anna das Strafverfahren im 60 Kilometer entfernten La Spezia wichtig – juristisch, aber vor allem historisch. Endlich können die wenigen Überlebenden – alle zur Tatzeit Kinder – berichten, was sie damals erlebt und erlitten haben. Otto Schily hat in seiner Rede an den Widerstand gegen die Nazis erinnert, als Beispiele Willy Brandt und den ehemaligen italienischen Staatspräsidenten Alessandro Pertini genannt. Der 12. August 1944 sei „für uns Deutsche ein Tag der Schande, der tiefsten Schande in jenen zwölf Jahren des Schreckens, des Fluches, der Massenverbrechen.“ Aber er blickte auch nach vorn. „Europa darf sich niemals wieder verfeinden ..., es darf niemals wieder Werte der christlich-jüdischen Überlieferung und der europäischen Aufklärung verleugnen.“ Das dürfte auch in Italien so gesehen werden.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Attentat bleibt unaufgeklärt

USA (McAlester) – Terry Nichols nimmt seine Geheimnisse mit ins Gefängnis, auch bei seiner zweiten Verurteilung brach der Komplize des hingerichteten Bombenattentäters von Oklahoma City Timothy McVeigh sein Schweigen zu den Ereignissen von 1995 nicht. In einer mit Spannung erwarteten schriftlichen Erklärung entschuldigte sich Nichols vor der Urteilsverkündigung bei den Hinterbliebenen der Opfer, verlor aber zur Enttäuschung vieler kein Wort über die weiterhin nicht vollständig geklärten Abläufe der Tat. Ein Bezirksgericht in Oklahoma verhängte anschließend 161 Mal lebenslänglich gegen den 49-Jährigen – ein Mal für jeden der Morde, derer Nichols bereits im Juni für schuldig befunden worden war. Eine Möglichkeit der vorzeitigen Entlassung besteht nicht. Erneut entging der Angeklagte der Todesstrafe, weil sich die Geschworenen während des Verfahrens nicht auf ein gemeinsames Urteil einigen konnten. Der streng gläubige Nichols selbst führte den Prozessausgang auf eine „Intervention Gottes“ zurück, der andere Pläne mit ihm habe. (mf)

"Zwanghafte Züge"

Berlin – Das Verfahren vor der 22. Strafkammer des Landgerichts Berlin gegen Horst Mahler wegen Volksverhetzung ist am 11. August bereits in die 22. Runde gegangen. Bis zum 20. September sind fünf weitere Verhandlungstage terminiert. Als das Verfahren Anfang Februar dieses Jahres begann, waren lediglich drei Termine vorgesehen. Seither nutzt der 68-jährige Rechtsanwalt das Verfahren aber für stundenlange antisemitische Monologe in Form von Prozesserklärungen und Beweisanträgen, die ihm bereits weitere Ermittlungsverfahren wegen der Leugnung des Holocaust eingetragen haben. In einem Parallelverfahren hat eine andere Kammer des Landgerichts indessen eine psychiatrische Untersuchung Mahlers angeordnet: Dessen Verhalten habe möglicherweise „zwanghafte Züge“. (ts)

Neue Bankverbindung

Düsseldorf – Der in Spanien lebende österreichische Holocaust-Leugner Gerd Honsik unterhält neuerdings bei der Stadtsparkasse Düsseldorf unter der Bezeichnung „Bright Rainbow“ eine Bankverbindung. Der ehemalige Südtirol-Terrorist und spätere Funktionär der zwischenzeitlich verbotenen österreichischen NDP veröffentlicht in unregelmäßigen Abständen die antisemitische und geschichtsrevisionistische Hetzschrift „Halt!.“ 1990 wurde der mehrfach in Österreich vorbestrafte Antisemit Honsik vom Amtsgericht München wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Aufstachelung zum Rassenhass verurteilt. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de